

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 15.03.2012,  
17:00 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

### Anwesend:

1. Bürgermeister Christof (i.V. für Oberbürgermeister Müller)
2. Stadträtin Richter (i.V. für Stadtrat M. Müller bis Punkt 2.3))
3. Stadtrat M. Müller ( ab Punkt 3.1)
4. Stadtrat Schmidt
5. Stadtrat Lorenz
6. Stadtrat Weiglein
7. Stadtrat Heisel
8. Stadträtin Glos
9. Stadtrat Haag
10. Stadträtin Wallrapp
11. Stadtrat Steinruck
12. Stadtrat Pauluhn (ab Punkt 3.1)
13. Stadtrat Schardt (ab Punkt 3.1)

### Entschuldigt fehlte:

Stadtrat Rank  
Oberbürgermeister Müller

### Als Gäste:

Stadträtin Richter (ab Punkt 3.1)  
Stadtrat Freitag

### Berichterstatter:

Bauamtsleiter Graumann für Amt 6  
Verwaltungsrat Schwarz für Amt 3

### Schriftführer:

Verwaltungsfachwirt Müller für Amt 6  
Verwaltungsinspektor Felbinger für Amt 3

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

## Teil Amt 6

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeister Christof darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte

- 2.1 Neubau Einfamilienhaus mit Garage; BGV-Nr. 205/2011 – Filla
- 2.2 Neubau Einfamilienhaus mit Garage; BGV-Nr. 197/2011 – Bauer
- 2.4 Errichtung einer Werbeanlage; BGV-Nr. 19/2012 – DPW

von der Tagesordnung genommen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### 1. Genehmigung der öffentlichen und nichtöffentlichen Niederschriften der Sitzung vom 15.11.2011

#### **Mit 10 : 0 Stimmen**

Die öffentliche und nichtöffentliche Niederschrift vom 15.11.2011 ist gemäß Art 54 Abs. 2 GO genehmigt.

### 2. Errichtung einer Werbeanlage;

hier: Großflächenwerbeanlage in der Schrankenstraße 17a

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

- A. Bauamtsleiter Graumann geht auf den Sachverhalt ein und verweist auf den Antrag zur Errichtung einer Großwerbeanlage in der Schrankenstraße. Bauplanungsrechtlich sei das Gebiet nach § 34 BauGB (Innenbereich) zu bewerten und sich hierbei eine Genehmigung nach Art und Maß der Umgebung richte. Aus diesem Grund sowie mit Blick auf die Werbeanlagensatzung sei die Werbung nicht genehmigungsfähig.

#### **B. Mit 8 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt die Errichtung der Werbeanlage in der Schrankenstraße 17a ab.

### 3. Anfrager von Stadtrat Pauluhn

#### Sachstand Genehmigung Wohnmobilstellplatz

Stadtrat Pauluhn erkundigt sich nach dem Sachstand im Genehmigungsverfahren des Wohnmobilstellplatzes. Darüber hinaus möchte er wissen, ob die Renaturierung des Rodenbachs ebenfalls Thema der Genehmigung sei.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass noch keine Genehmigung vorliegt und die Stadt mit den entsprechenden Behörden in Gesprächen stehe. Die Renaturierung des Rodenbachs sei unabhängig vom Wohnmobilstellplatz zu sehen. Gleichwohl sei dies bei der Verwaltung Thema.

Die Frage nach den Pappeln beantwortet Bauamtsleiter Graumann mit dem Hinweis, dass mit Blick auf die Schnittzeiten - unabhängig von der Genehmigung - die Fällung durchgeführt wurde.

Auf die Bedenken, dass es in der benannten Sitzung hieß, die Maßnahme sei mit dem Landratsamt abgestimmt, berichtigt Bürgermeister Christof, dass es stets hieß, die Maßnahme bedürfe die Genehmigung des Landratsamtes. Das Verfahren wurde nach der Beschlussfassung im Februar eingeleitet.

Kitzingen, 15.03.2012

Bürgermeister

Protokollführer

### Teil Amt 3

#### 1. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Gefahrenstelle in der Mainbernheimer Straße (Einmündung der Unteren Neuen Gasse)

Verwaltungsrat Schwarz erinnert an den Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 14.07.2009. Hier war man sich darüber einig, dass gegenüber dem Einmündungsbereich der Unteren Neuen Gasse in die Mainbernheimer Straße ein Verkehrsspiegel angebracht wird. Die Situation für den ausfahrenden Verkehr hat sich dadurch zwar gebessert, die Sicherheit der Fußgänger jedoch leider nicht.

Bei dem damaligen Beschluss wurde der Anbringung mehrerer Metallpfosten nicht zugestimmt.

Verwaltungsrat Schwarz weist darauf hin, dass bei Begegnungsverkehr in der Mainbernheimer Straße im Einmündungsbereich in die Untere Neue Gasse der in Nordrichtung fahrende Verkehrsteilnehmer den Seitenstreifen befahren muss. Dadurch werden die Fußgänger gefährdet. Es wird deshalb vorgeschlagen, vor der Einmündung Pfosten anzubringen, damit der Autofahrer gezwungen wird, bei Gegenverkehr anzuhalten und der Fußgänger geschützt wird.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob entlang des gesamten Edegebäudes Pfosten angebracht werden sollen und verweist auf bereits vorhandene Pfosten im Zuge der Mainbernheimer Straße. Bei weiteren Pfosten bestehe Etwashausen nur noch aus Pfosten. Die Sicherheit für den ausfahrenden Verkehr sei durch den vorhandenen Spiegel gewährleistet. Es handle sich hier ohnehin in der Regel um Anwohner.

Verwaltungsrat Schwarz weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag nicht um den ausfahrenden Verkehr, sondern um die Sicherheit der Fußgänger handelt, die sich in diesem Bereich bewegen.

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass es durch die Einengungen zur Verkehrsberuhigung in Etwashausen kommen soll und spricht sich dagegen aus, überall Pflöcke anzubringen. Aus Konsequenzgründen müssten dann auf der anderen Straßenseite ebenfalls Pfosten angebracht werden.

Stadtrat Lorenz äußert Bedenken dahingehend, dass durch die Anbringung von Pfosten die gegenüberliegende Ausfahrt behindert wird.

Stadträtin Glos stellt fest, dass in der Mainbernheimer Straße in der Vergangenheit wesentlich mehr Verkehr war. Die Verkehrsberuhigung, die jetzt vorhanden ist, ist ausreichend, auch wenn natürlich die Sicherheit an erster Stelle stehen muss.

Stadtrat Schmidt ist der Meinung, man solle dem fahrenden Verkehr nicht wieder den Vorzug geben, da mit viel Geld verkehrsberuhigende Maßnahmen geschaffen wurden. Wenn dem vorliegenden Antrag stattgegeben wird, ist davon auszugehen, dass weitere Anträge folgen. Es sollte überlegt werden, welche Möglichkeiten anstelle der Pfosten vorhanden sind, um diese Gefahrstelle zu beseitigen.

Bauamtsleiter Graumann fragt an, ob es nicht möglich wäre, das vorhandene Vorfahrtszeichen zu entfernen, da dann der Verkehr gezwungen wäre, bei „rechts vor links“ langsam zu fahren.

Verwaltungsrat Schwarz erwidert, dass dies aus Gründen der Verkehrssicherheit überhaupt nicht vorstellbar ist.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass verschiedene Möglichkeiten und Lösungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit angedacht sind bzw. vorliegen und fasst die gemachten Äußerungen kurz zusammen. Er ist der Meinung, dass dies alles wieder „eingepackt“ werden sollte, denn es reicht einfach nicht aus, zu sagen, wir stellen ein paar Pfosten auf.

Stadtrat Steinruck schlägt vor, auswärtige Verkehrsteilnehmer nicht mehr durch Etwashausen zu lassen, da bisher von einer echten Verkehrsberuhigung nicht viel zu spüren ist. Das Problem ließe sich dadurch etwas eindämmen. Auch das Anfahren des Bleichwasens sollte über die Nordtangente erfolgen. Der Verkehr sollte in der Mainbernheimer Straße dadurch reduziert werden, dass von der B8 eine Zufahrt nur noch für Anlieger erlaubt wird.

Stadträtin Wallrapp unterstützt die Vorschläge von Stadtrat Steinruck und bringt nochmals die von Bauamtsleiter Graumann angeregte „rechts vor links“-Regelung ins Gespräch.

Stadtrat Schardt bittet Verwaltungsrat Schwarz um Erläuterung des Unterschieds der Straßen im Mühlberggebiet, in denen „rechts vor links“ gilt und der Mainbernheimer Straße. Außerdem erübrigt sich das Setzen von Pfosten, wenn in der Mainbernheimer Straße die zugelassene Geschwindigkeit von 30 km/h gefahren wird.

Stadtrat Schardt stellt den Antrag, dass die vorhandenen Vorfahrtszeichen entfernt werden. Er stellt weiter fest, dass zur Wörth- und Moltkestraße kein Unterschied besteht. Gleichzeitig stellt Stadtrat Schardt die Frage, warum der Kreisverkehr am Bleichwasen nicht so angebunden wird, damit die Wohnmobilisten direkt auf den Wohnmobilstellplatz einfahren können. Laut Herrn Hein vom Stadtbauamt wäre dies möglich. Da noch viele Wohnmobilisten durch die Mainbernheimer Straße fahren, könnte durch eine neue Anbindung über den Kreisverkehr ebenfalls eine Entlastung für Etwashausen herbeigeführt werden.

Stadtrat Schmidt stellt den Antrag:

1. den Beschluss vorläufig zurückzustellen
2. die Verwaltung wird beauftragt, geeignete bauliche und/oder verkehrslenkende Maßnahmen aufzuzeigen, die die Sicherheit der Fußgänger im Bereich der Mainbernheimer Straße / Einmündung Untere Neue Gasse verbessern.

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass sie in Sitzungen keine Änderungen der Beschlussentwürfe haben möchte.

Bürgermeister Christof entgegnet, der gestellte Antrag sei ein Auftrag an die Verwaltung, die Angelegenheit dem Ausschuss erneut vorzulegen.

Bürgermeister Christof schlägt vor, den Beschlussentwurf zurückzunehmen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, geeignete bauliche und /oder verkehrslenkende Maßnahmen aufzuzeigen, die die Sicherheit der Fußgänger im Bereich der Mainbernheimer Straße / Einmündung Untere Neue Gasse verbessern.

Hiermit besteht allgemeines Einverständnis.

## **2. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**

### **Antrag der Firma Völker auf ein „Haltverbot“ gegenüber dem Anwesen Güterhallstr. 10**

Bürgermeister Christof trägt vor, dass die Firma Völker gegenüber ihrer Zufahrt in der Güterhallstr. 10 ein Haltverbot beantragt hat, da es für die immer größer werdenden Fahrzeuge schwierig ist, in die Hofeinfahrt einzufahren. Als Alternative wäre eine befristete Aufstellung von Haltverbotszeichen im beantragten Bereich während der Weinlesezeit denkbar. Dadurch könnte zeitlich begrenzt eine Verbesserung für die Firma Völker erreicht werden.

Stadtrat Pauluhn spricht sich gegen ein generelles Haltverbot aus, da ansonsten ein Präzedenzfall geschaffen würde. Während der Weinlese besteht gegen ein zeitlich befristetes Haltverbot kein Einwand.

Stadträtin Wallrapp unterstützt ebenfalls diesen Vorschlag.

Bürgermeister Christof schlägt vor, den Beschlussentwurf um den Zusatz „während der Kampagne - Weinlesezeit“ zu ergänzen.

Stadtrat M. Müller fragt an, ob der Bauhof die Verkehrszeichen als Dienstleistung aufstellt oder ob dies der Antragsteller selbst zu erledigen hat.

Bürgermeister Christof ist der Meinung, die Aufstellung der Verkehrszeichen könne der Firma Völker zugemutet werden. Die Verkehrszeichen werden für den Zeitraum kostenfrei überlassen.

Stadtrat Schardt unterstützt den Antrag der Fa. Völker, zumal vor kurzem bei der Erziehungsberatungsstelle ca. zehn Parkplätze neu geschaffen wurden.

Bürgermeister Christof fragt an, wer dem neuformulierten Beschlussentwurf „Dem Antrag der Firma Völker, Kitzingen, gegenüber dem Anwesen Güterhallstr. 10 ein „Haltverbot“ während der Weinlesezeit anzubringen, wird zugestimmt“ folgen kann und bittet um Abstimmung.

**- Einstimmig -**

Dem Antrag der Firma Völker, Kitzingen, gegenüber dem Anwesen Güterhallstr. 10 ein „Haltverbot“ während der Weinlesezeit anzubringen, wird zugestimmt.

## **3. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**

### **Anordnung eines „eingeschränkten Haltverbots“ für Lkw´s im Bereich des Anwesens Am Dreistock 13, Kitzingen**

Verwaltungsrat Schwarz trägt den Antrag der Firma Lagros vor, in dem darum gebeten wird, die Parkspur entlang des Firmengeländes mit einem eingeschränkten Haltverbot für Lkw´s zu belegen. Grund für diesen Antrag ist der Umstand, dass es entlang des Grünstreifens bzw. des Betriebsgeländes zu massiven Verschmutzungen kommt. Besonders störend ist das Hinterlassen von Fäkalienabfällen. Da die angrenzende Firma nach der Satzung der Stadt Kitzingen verpflichtet ist, für die Sauberkeit entlang des Firmengeländes zu sorgen, sich angesichts der massiven Verschmutzungen jedoch nicht mehr in der Lage dazu sieht,

wurde beantragt, durch die Aufstellung von Verkehrszeichen (Lkw-Parkverbot) dem Problem entgegenzuwirken.

Stadtrat Pauluhn fragt an, welche Folge die Aufstellung der Verkehrszeichen für den Rest der Straße hat.

Verwaltungsrat Schwarz schlägt vor, die Entscheidung bis zum Punkt 3.6 der Tagesordnung zurückzustellen und dann gemeinsam zu entscheiden.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass die Stadt Kitzingen aus der Grundproblematik, dass Stellplätze für Lkw's fehlen, nicht herauskommt. Irgendwann kommt die Stadt nicht umhin, Stellplätze – möglicher Weise gegen Entgelt – bereitzustellen. Die jetzigen Entscheidungen sind nur ein Verdrängen der Lkw's von einer Straße in die andere.

Es besteht Einverständnis, den vorliegenden Tagesordnungspunkt mit dem Tagesordnungspunkt 3.6 gemeinsam zu behandeln.

#### **4. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Anbringung eines Verkehrsspiegels und eines Verkehrszeichens „Vorfahrt gewähren“ für die Radfahrer an der Einmündung des Lochweges in die Nordtangente**

Verwaltungsrat Schwarz schildert die Situation an der Einmündung des Lochweges in die Nordtangente, die sich durch die Anbringung der Lärmschutzwand ergeben hat. Insbesondere haben sich die Sichtverhältnisse bei der Ausfahrt aus dem Lochweg wesentlich verschlechtert. Zudem werden die Radfahrer durch die Lärmschutzwand verdeckt. Um die Ausfahrt der Verkehrsteilnehmer aus dem Lochweg in die Nordtangente zu erleichtern, wird vorgeschlagen, gegenüber der Ausfahrt einen Verkehrsspiegel aufzustellen. Gleichzeitig sollte den Radfahrern, die hinter der Lärmschutzwand auf die Einmündung Lochweg zufahren, durch Aufstellung eines Zeichens „Vorfahrt gewähren“ die vorhandene Vorfahrt aus Sicherheitsgründen genommen werden.

Stadträtin Wallrapp bestätigt die Unübersichtlichkeit der Einmündung. Dies sei bereits in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 15.11.2011 angesprochen worden.

Stadträtin Wallrapp weist zusätzlich darauf hin, dass an diesem Einmündungsbereich die Straßenlaterne nicht leuchtet. Hier sollte mit der LKW Verbindung aufgenommen werden. Wenn an der Ausfahrt die Lampe nicht brennt, ist dies äußerst gefährlich.

Stadtrat Pauluhn spricht sich strikt dagegen aus, den Radfahrern die Vorfahrt zu nehmen. Die Radfahrer werden damit nicht rechnen und möglicherweise auch nicht darauf achten.

Weiterhin ist Stadtrat Pauluhn der Meinung, dass die Lärmschutzwand situationsbedingt nicht an der richtigen Stelle steht, sondern auf die andere Seite des Radweges gehört. Es stellt sich die Frage, dieses Problem, das über Jahrzehnte vorhanden sein wird, zu beseitigen und die Lärmschutzwand zu versetzen. Dies ist sicherlich mit Kosten verbunden, die weh tun, aber beim ersten Unfall sind die Kosten möglicherweise höher. Die Sache ist eben „dumm“ gelaufen.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass die Stadt nicht der Träger der planfestgestellten Baumaßnahme ist, sondern das Staatliche Bauamt. Dennoch muss für die Sicherheit der Radfahrer etwas getan werden.

Stadtrat Pauluhn fragt an, was außer den Kosten dagegenspricht, zu erkennen, dass diese Planung nicht die optimale Lösung darstellt.

Bauamtsleiter Graumann erwidert, dass dies eine absolut schwierige Situation ist. Man muss sich auch fragen, ob dem Radfahrer geholfen ist, wenn die Lärmschutzwand auf die andere Seite versetzt wird.

Stadtrat Pauluhn weist darauf hin, dass der von der Nordtangente nach rechts in den Lochweg einfahrende Verkehrsteilnehmer gar nicht damit rechnet, dass hier noch ein Radfahrer kommen kann.

Verwaltungsrat Schwarz bestätigt, dass der nach rechts abbiegende Verkehr nicht auf die Radfahrer aufpasst. Daher wird, nach Anhörung der Polizei, nur die Möglichkeit gesehen, den Radfahrern die Vorfahrt zu nehmen.

Stadtrat Lorenz ist ebenso wie Stadtrat Pauluhn der Meinung, dass darauf gedrängt werden sollte, die Lärmschutzwand zurückzunehmen, da hier ein planerischer Fehler vorliegt. Die Lärmschutzwand ist zu weit an die Straße gebaut worden. Dieser Fehler muss korrigiert werden. Die Situation ist nicht durch die Aufstellung eines Verkehrsspiegels und eines Verkehrszeichens zu beheben.

Stadtrat Steinruck schlägt vor, die Glaswand zu erweitern, um die Situation zu entschärfen.

Stadträtin Wallrapp ist der Meinung, dass das Thema Radfahrer bleibt, egal, wie die Lärmschutzwand gebaut wird und macht den Vorschlag, auf dem Radweg eine Barriere anzubringen, damit der Radfahrer zum Absteigen gezwungen wird.

Stadtrat Schmidt lobt die Vorschläge aus dem Gremium, weist aber darauf hin, dass es Fachplaner gibt, die sich zu dieser Problematik Gedanken machen sollten. Es sollte nicht Aufgabe des Ausschusses sein, den Fachleuten die Arbeit abzunehmen. Diese sollen sich dazu äußern, wie die Sicherheit der Radfahrer gewährleistet werden bzw. nachgebessert werden kann.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass es sich um eine planfestgesetzte Maßnahme handelt. Deshalb kann über die bauliche Maßnahme nicht einfach abgestimmt werden. Der Vorschlag von Stadtrat Schmidt ist daher sicherlich angebracht.

Stadtrat Schmidt weist zusätzlich darauf hin, dass der Stadtrat der Maßnahme zugestimmt hat. Der Stadtrat kann aber mit Sicherheit bei seiner Abstimmung nicht erkennen, wo mögliche Schwachstellen der Baumaßnahme vorhanden sind.

Stadtrat Schardt ist auch der Meinung, dass diese Lösung für die Errichtung der Lärmschutzwand völlig daneben ging.

Bürgermeister Christof schlägt vor, sich mit dem Staatlichen Bauamt in Verbindung zu setzen. Es sollte versucht werden, von dort eine Lösung zu bekommen, da offensichtlich keine optimale Planung erfolgte.

Stadtrat Schardt fragt in diesem Zusammenhang an, ob dieser Teil der Nordtangente bereits abgenommen wurde. Er habe festgestellt, dass die Nordtangente, von der St 2271 kommend, ein zu starkes Quergefälle aufweist. Dies sollte ebenfalls geprüft werden.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass dieser Hinweis außerhalb des vorgelegten Beschlusses liegt.

Stadtrat Pauluhn weist nochmals auf die Versetzung der Lärmschutzwand hin. Auf keinen Fall sollte ein Verkehrszeichen aufgestellt werden. Oberstes Ziel muss es sein, die Lärmschutzwand zu versetzen. Beim Bau ist ein Fehler unterlaufen, welchen es nun zu beseitigen gilt.

Bürgermeister Christof schlägt nochmals vor, dass die Verwaltung auf das Staatliche Bauamt zugehen soll, um die Situation zu erläutern und auf eine Verbesserung der Situation zu drängen. Der Beschluss, so wie er jetzt vorliegt, wird zurückgezogen und bei Bedarf wieder vorgelegt.

Hiermit besteht allgemeines Einverständnis.

**5. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**  
**Anordnung eines „eingeschränkten Haltverbots“ im gesamten Bereich der Straße „Am Schnepfer“, Stadtteil Repperndorf**

Verwaltungsrat Schwarz trägt den Antrag eines Landwirts aus der Bürgerversammlung in Repperndorf am 05.12.2011 vor, im gesamten Bereich der Straße „Am Schnepfer“ ein eingeschränktes Haltverbot zu erlassen. Begründet wird der Antrag damit, dass die Straße bei parkenden Fahrzeugen nicht mehr mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und den dazugehörigen Maschinen befahren werden kann.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, dem Antrag nicht zuzustimmen, da zum einen Landwirte mit überbreiten Geräten selten durch diese Straße fahren, zum anderen Umfahrmöglichkeiten bestehen und letztlich den Besuchern des Friedhofs die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihre Fahrzeuge kurzfristig abzustellen.

Stadtrat Haag teilt mit, dass die Situation im Bereich der Straße „Am Schnepfer“ ziemlich verschärft war, die Angelegenheit sich aber nach der Bürgerversammlung wieder entspannt hat. Ein Durchfahren mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen ist durchaus möglich. Das beantragte Schild sollte weggelassen werden. Die Sache wird intern gelöst.

Zusätzlich weist Stadtrat Haag darauf hin, dass im oberen Bereich der Straße „Am Schnepfer“ auf der Fahrbahn eine Markierung „30 km/h“ aufgebracht ist, von unten kommend jedoch nicht.

Bürgermeister Christof sagt zu, dass dieser Hinweis an den Bauhof weitergegeben wird und bittet um Abstimmung.

**- Einstimmig -**

Der Anordnung eines „eingeschränkten Haltverbots“ im gesamten Bereich der Straße „Am Schnepfer“, Stadtteil Repperndorf, wird nicht zugestimmt.

**6. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**  
**Änderung der Beschilderung im Bereich des Gewerbegebiets „Am Dreistock“**

Verwaltungsrat Schwarz verweist auf den bereits angesprochenen Punkt 3.3 der Tagesordnung und erinnert an einen am 11.05.2010 getroffenen Beschluss, durch welchen in den Parkbuchten entlang der Straße „Am Dreistock“ das Parken von Pkw's unterbunden wurde.

Zwischenzeitlich hat sich die Situation dahingehend geändert, dass Lkw's zur Einhaltung der Ruhezeiten in diesem Bereich vermehrt abgestellt werden. Dadurch entstehen in letzter Zeit unzumutbare Verschmutzungen. Seitens der Deutschen Post wurde deshalb beantragt, das



„eingeschränkte Haltverbot“ für Pkw´s an der Längsseite des Paketentrums wieder aufzuheben.

Somit könnten örtliche Lkw-Fahrer, die ihre Tour beginnen, ihren Pkw wieder abstellen.

Stadträtin Wallrapp ist der Meinung, den alten Zustand wieder herzustellen. In letzter Zeit hat die Verschmutzung wieder derart zugenommen, dass es zu begrüßen ist, wenn der Antrag seitens der Deutschen Post gestellt wird. Allerdings müsse man auch der Post ein Lob aussprechen, die die Angelegenheit zeitweise gut im Griff hatte.

Gleichzeitig weist Stadträtin Wallrapp darauf hin, dass abends in der alten Schwarzacher Straße die Absperrung entfernt und nicht wieder geschlossen wird. Hier besteht dann die Gefahr, dass die Linkskurve übersehen wird.

Verwaltungsrat Schwarz entgegnet, dass es in dieser Richtung noch keine Hinweise gibt, da die Firma, die die Fläche angemietet hat, schon im Eigeninteresse die Schranke wieder schließt. Es ist jedoch denkbar, dass während der Rangiervorgänge die Schranke offen steht.

Stadtrat Schardt sieht den Antrag positiv. Bedingt durch die zweite Zufahrt zum Postgelände ist bereits eine Besserung eingetreten. Es ist jedoch dringend notwendig, dass im Teilbereich Grabsteine-Brumme bis Firma GEA etwas gegen das Parken unternommen wird. Dieses Teilstück hat keinen Gehweg, keine Beleuchtung und nachts sind Lkw´s abgestellt.

Bürgermeister Christof sagt eine Prüfung dieses Teilstückes zu.

Stadträtin Glos fragt an, wie die Stadt Kitzingen künftig mit dem Problem umgeht bzw. wo den Lkw-Fahrern ein Stellplatz angeboten werden kann. Die Stadt Kitzingen wird nicht umhin kommen, eine Fläche auszuweisen, wo diese Lkw´s abgestellt werden können.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung schon mehrere Versuche unternommen wurden, eine Fläche bereitzustellen. Es scheiterte jedoch jeweils aus verschiedenen Gründen. Sobald etwas in Aussicht ist, wird dies dem Ausschuss vorgelegt.

Stadtrat Schmidt spricht sich ebenfalls für die Aufhebung der jetzigen Parkregelung aus. Bezüglich einer Abstellfläche für Lkw´s müsse nochmals Druck auf den Bund ausgeübt werden. Auch sollte noch einmal die Stellfläche an der Autobahnausfahrt Kitzingen / Schwarzach angefragt werden. Das Argument der Wiederaufforstung dieses Bereiches sei ein völliger Blödsinn. Insgesamt könne dies aber nur ein Gemeinschaftsprojekt sein, um das sich in erster Linie der Staat kümmern muss. Zusätzlich müsse an einer Parkfläche ein Toilettenhäuschen aufgestellt werden. Insgesamt wird das Problem jedoch nur verlagert.

Verwaltungsrat Schwarz informiert, dass die Stadt an dem sog. „Sommerplatz“ dran war. Der Vorstoß der Stadt wurde auch für gut befunden. Es wurde aber gleichzeitig mitgeteilt, dass hier eine Wiederaufforstung vorgesehen ist und der Platz somit nicht als Parkfläche zur Verfügung steht.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass sich der Markt Schwarzach in Verbindung mit der Stadt an den Bayerischen Staat wandte. Der Bremsklotz sei allerdings die Forstverwaltung. Es solle nochmals mit allen Mitteln versucht werden, dass diese Fläche in Autobahnnähe als Parkplatz genutzt werden kann.

Stadtrat Pauluhn stellt fest, dass dieses Problem die Mitglieder des VBA voraussichtlich noch Jahrzehnte beschäftigen wird, wenn keine Lösung gefunden wird. Er weist darauf hin, dass laut Bundesverkehrsminister an den Bundesautobahnen tausende neuer Lkw-Stellplätze entstehen sollen. Im Bereich „Sommerplatz“ wäre Fläche vorhanden, die ohne großen Aufwand genutzt werden könnte. An anderer Stelle müssten neue Flächen versiegelt werden.

Stadtrat Schardt weist in diesem Zusammenhang auf den bevorstehenden Ausbau der BAB A3 hin. Während dieser Bauzeit wird sich der Lkw-Verkehr vervielfachen. Es müssen Alternativen gefunden werden, um während der Bauzeit dem Verkehrsaufkommen gerecht zu werden. Hier muss mit der großen Politik Verbindung aufgenommen werden.

Bürgermeister Christof sagt zu, dass dieser Hinweis im Protokoll vermerkt und die Verwaltung aktiv wird.

Bürgermeister Christof bittet um Abstimmung.

A) **- Einstimmig -**

Der Anordnung eines eingeschränkten Haltverbots für Lkw im Bereich Am Dreistock 13 wird zugestimmt.

B) **- Einstimmig -**

Dem Abbau der Verkehrszeichen „eingeschränktes Haltverbot“ mit entsprechenden Hinweiszeichen wird zugestimmt.

#### **7. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadtrat Schardt**

Stadtrat Schardt fragt an, ob zeitlich abzusehen ist, wann der Großrechner in Betrieb geht.

Bürgermeister Christof sagt zu, dass sich Bauamtsleiter Graumann in dieser Angelegenheit kundig macht.

#### **8. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadtrat Schardt**

Stadtrat Schardt erkundigt sich nach dem Sachstand der angefragten Bauvorhaben Albertshöfer Straße.

Bürgermeister Christof teilt hierzu mit, dass die Verfahren seitens der Verwaltung abgelehnt wurden und nicht weiterverfolgt werden. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung begründet hat, warum dort keine Bebauung möglich ist.

#### **9. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges Anfrage Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp verweist auf die beginnende Tourismus-Saison und fragt nach der Vertragsgestaltung in Bezug auf die Toilettennutzung der Gaststätte „Goldene Gans“.

Bürgermeister Christof sagt zu, dass sich Bauamtsleiter Graumann kundig macht und darüber Bericht erstattet.

**10. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges  
Anfrage Stadtrat Schmidt**

Stadtrat Schmidt berichtet über Beobachtungen am neuen Kreisverkehr B8/Marktbreiter Straße. Es besteht keine Möglichkeit für Fußgänger und Radfahrer aus südlicher Richtung in Richtung E-Center die Straße zu queren. Bei dem Bau des Kreisverkehrs hat man offensichtlich nicht an Radfahrer und Fußgänger gedacht.

Bürgermeister Christof schlägt vor, die Beobachtungen von Stadtrat Schmidt aufzunehmen und in dieser Angelegenheit einen Ortstermin zu vereinbaren.

Bürgermeister Christof schließt die Sitzung um 18:27 Uhr.

Christof  
Bürgermeister

Amtsinspektor Felbinger  
Schriftführer für Amt 3